

werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen

R. Mosse,
Haasestein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co.,
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-
teil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Hundertundzweiter Jahrgang.

Montag, 1. April.

1895

Art. 230

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierfach
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 30. März, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Zunächst werden eine Anzahl Petitionen, die zur Verathung im Plenum nicht für geeignet erachtet werden, durch einen Abgeordneten der Reichsschuldkommission sowie andere Rechnungssachen.

Der vom Abg. Möller (Dortmund) beantragte Gesetzentwurf wegen Änderung des Gesetzes über die Einheitszeit wird in dritter Verathung endgültig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Verathung des Antrages Kantis.

Abg. Graf v. Galen (Cir.): Gegenüber der Agitation, mit welcher der Antrag in weite Kreise hineingetragen worden ist, glaube ich den Standpunkt meiner politischen Freunde am besten zu kennzeichnen, wenn ich den Antrag prinzipiell behandle. Das Centrum hat von jeher für die Landwirtschaft ein warmes Herz und ein offenes Auge gehabt. Das Grundübel des agrarischen Notstandes liegt einertheil in der landwirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder, des andern in dem Verlassen der früheren wirtschaftlichen Grundfläche. Zwei Weltanschauungen kämpfen heute mit einander. Das christlich-soziale Prinzip der Autorität und das Prinzip des laisser aller. Die verbündeten Regierungen haben erklärt, daß der Antrag umzuführen sei, aber zu einem abschließenden Urtheil ist die Sachlage noch nicht reif. Was die Regierung davon abhält, darum einzugeben, das sind die Konsequenzen, die man davon befürchtet. Die Antragsteller bestreiten es, daß der Antrag einen sozialistischen Kern habe, daß die Landwirthschaft Sozialisten werden. Sie werden aber dieser Konsequenz nicht halt gebieten können. Das sozialistische Prinzip können wir nicht mehr annehmen. Wir wollen aber auf Mittel finden, der Landwirtschaft zu helfen. Wir sind bereit, den Antrag daraufhin zu prüfen, wie weit er einen berechtigten Kern hat. Deswegen beantrage ich Verweisung des Antrages an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Vorfall links.)

Abg. Dr. Barth (Frl. Ver.): Die Verweisung des Antrages an die Kommission wird gerade das verhindern, was der Vorredner wünscht: die Gefährlichkeit des sozialistischen Prinzips desselben zu beweisen. Die Agrarier werden dadurch nur ermuthigt, zu sagen: le roi me reverra. Der Antrag wird dann sicher wieder kommen, wenn wir ihn erst an eine Kommission verweisen. Man wird dann brauchen sagen, trotzdem der Antrag im vorigen Jahre hier von Regierung und Reichstag abgelehnt worden ist, hat der Reichstag sich jetzt doch nicht dem entziehen können, den berechtigten Kern des Antrages im Prinzip in der Kommission zu erwägen. Beim Antrage Kantis muß man unterscheiden zwischen dem Ziel, das er verfolgt, und den Mitteln, mit denen er das Ziel zu erreichen strebt. Das Ziel ist die Erziehung von Mindespreisen. Bei Fragen von so großer agitatorischer Bedeutung darf man um die Sache nicht herumgehen, sondern das wahre Wesen deutlich hervortreten lassen. Das Ziel, die Getreidepreise festzulegen, läuft schließlich auf eine Kopfsteuer hinaus. Dasselbe, was Sie mit dem Antrage erlangen wollen, können Sie viel einfacher und besser durch eine Kopfsteuer zu Gunsten der Agrarier erlangen. Man erhebt einfach eine Kopfsteuer nach der Größe des Konsums der Bevölkerung und verhöhlt sie an die Grundbesitzer nach der Größe des Grund und Bodens. Da ist doch die Frage berechtigt: Hat man das Recht, der großen Masse des Volkes, und gar der ärmsten, solche Opfer aufzuerlegen? Dann bedenke man doch, daß auch andere Erzeugnisse dieselbe Vergünstigung beanspruchen könnten, auch die Arbeiter könnten dann Mindestlöhne fordern. Zu wessen Nutzen würde die kolossale Belastung erfolgen? In dieser Beziehung hat der Reichstanzler schon gestern die Berufsstatistik angeführt und bewiesen, was wir auch bei Einführung der Zölle hervorgehoben haben, daß 76 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung von höheren Getreidepreisen keinen Vortheil, manche sogar Nachtheil haben würden. Sicherer Vortheil würden nur diejenigen haben, die mehr als 100 Hektar besitzen, und das sind 25 000 Betriebe im ganzen deutschen Reich, die nur den vierten Theil der Gesamtfläche bearbeiten. Die Frage, ob die Landwirtschaft sich in trüber Lage befindet, ist vorerst ungeklärt. Aber es handelt sich hier gar nicht um das Interesse der Landwirtschaft, sondern höchstens der Landwirthschaft. Die Herren unterschieden nicht genug zwischen Grundbesitzern und Landwirten, und doch liegt hier ein wesentlicher Unterschied. Im Herrenhause hat am 30. Mai v. J. Graf Büdler-Bugdau schriftlich beworben, daß es sich nicht um eine Not der Landwirtschaft, sondern der Landwirthschaft handelt. Er sagte ärgerlich: Die Landwirtschaft florirt bei uns, nur die Landwirthschaft leidet. Die Landwirtschaft leidet nicht, wenn die Preise für Grund und Boden billig sind, im Gegenthell. Der Antrag wird aus einem sehr begrenzten Theil der Grundbesitzer nicht aber der gesamten Landwirtschaft Nutzen bringen. Nun berufen sich die Herren darauf, daß die Produktionskosten nicht gedeckt werden. Aber mit dem Begriff der Produktionskosten geht es ebenso wie mit dem Begriff der Landwirtschaft. Die Produktionskosten sind nichts Unabhängiges und Konstantes, sie hängen mit sehr verschiedenen Faktoren zusammen und sind insbesondere nach der Bodenbeschaffenheit verschieden. Wenn die Preise für Grund und Boden heruntergehen, so vermindern sich die Produktionskosten schon dadurch ganz erheblich. Der Antrag des Grafen Kantis aber hat die entgegengesetzte Folge. Er steigert die Rente, also auch den Preis des Grund und Bodens und damit die Produktionskosten für benjenigen, der das Gut zu diesem höheren Preise kauft. Die Klagen über die Unrentabilität des Getreidebaues gehen insbesondere von den Großgrundbesitzern des Ostens aus, die zu stark verzuldet sind und zu wenig Kapital haben, so daß sie bei ungünstiger Konjunktur sofort hilflos sind. Diese verlangen nun, daß die große Masse der Bevölkerung einen Theil des Ertrages ihrer Arbeit in ihre Taschen fließen läßt. Das ist volkswirtschaftlich und sozialpolitisch verwerthlich. Das ist der

Grund, weshalb wir den Antrag Graf Kantis grundsätzlich verwirken. (Vorfall links.)

Abg. Graf zu Limburg-Strümpf (dl.): Wenn der Antrag wirklich so sehr dem christlichen Geiste widersprechend wäre, müßte das ganze Centrum schon heute geschlossen gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! rechts.) Aus dem Antrag auf Kommissionsberathung schließe ich, daß das Centrum in dieser Frage nicht geschlossen ist und vielleicht doch noch dem Antrag zustimmen wird. Die Anschaungen über den Antrag haben sich wesentlich geändert, er wird heute zwar bekämpft, aber sehr ernst genommen. Seine Rede hätte Abg. Barth ebensogut bei einer Zollfrage halten können, und alle seine falschen Deduktionen sind ja auch bei Einführung der Getreidezölle vorgebracht worden. Seine Ausführungen über die Kopfsteuer bedeuten eine Verwechslung zwischen direkten und indirekten Steuern. (Sehr richtig! rechts.) Das ganze Staatsleben beruht darauf, daß der Stärkere dem Schwächeren hilft. Wie kann Abg. Barth sonst Kanäle bewilligen, für die die Interessenten keinen Pfennig bezahlen? (Sehr wahr! rechts.) An den Ausführungen vom Bundesratshaus ist das unrichtig, daß die Leute, die weniger als fünf Hektar besitzen, kein Getreide verkaufen. Sie verkaufen Getreide, wenn auch wenig. So dummi wären doch sonst die Leute nicht, für den Antrag Kantis einzutreten, ohne daß eine wesentliche Agitation getrieben wird. (Lachen links.) Es ist ein wesentliches Staatsinteresse, die jetzigen Grundbesitzer auf ihrem Besitzthum zu erhalten, sie sind die besten Stützen für Monarchie, Sitze und Ordnung. (Vorfall rechts.) Der Reichstanzler hat den Antrag abgelehnt wegen der Schwierigkeit der Durchführung, aber diese Schwierigkeiten sind doch nicht unüberwindlich. Dieselben Leute, die jetzt Getreide kaufen und verkaufen, können es doch fernher holen. Wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß Deutschland seinen Bedarf an Getreide selbst wird erzeugen können, namentlich nicht bei zunehmender Bevölkerung. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Staatssekretär Fchr. v. Marschall uns vorgeworfen hat, daß wir unsere Ansichten über den Erfolg der Verträge für die Vertragsstaaten geändert hätten, so vergibt er, daß doch damals jeder überzeugt war, wir machen große Konzessionen. Darüber kann doch auch kein Zweifel sein, daß, wenn auch die Vertragsstaaten keinen Vortheil gehabt haben, der Nachtheil doch für uns geblieben ist (Sehr wahr! rechts.) Weshalb es der Würde des Reiches nicht entsprechen soll, in erneute Verhandlungen einzutreten, sehe ich nicht ein; denn es liegt doch in beiderseitigem Interesse. Die Aenderung der Politik nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck ist im Vande doch nicht mit Begeisterung aufgenommen worden. Wenn auch der Antrag wieder abgelehnt wird, er wird schon ernsthafter behandelt, und ich bin der Überzeugung, daß wir im nächsten Jahre noch weiter sein werden. Die Kommissionsberathung kann dazu beitragen, daß die Regierung das Brauchbare aus dem Antrag herausstellt. Einmal geschehen muß für die Landwirtschaft, sonst entstehen die größten Gefahren für das Vaterland und die Monarchie. (Lebhafte Vorfall rechts.)

Staatssekretär Fchr. v. Marschall: Der Reichstag befindet sich bezüglich des Antrages wohl bereits in einem Zustande der Übersättigung. Nichtsdestoweniger muß ich auf einige Ausführungen des Vorredners eingehen. Ich kann Ihnen versichern, daß wir von Anfang an den Antrag überaus ernst genommen haben, weil wir der Ansicht waren, daß damit in weiten Kreisen Hoffnungen erweckt wurden, von denen sehr Zwecklos war, ob sie auch erfüllt werden können. (WiderSpruch und Zurufe rechts.) Vor bald zwei Jahren bei Berathung des juristischen Handelsvertrages wies ich darauf hin, daß aus der Agitation gegen die Handelsvertragspolitik und der Argumentation gegen dieselbe sich allmählich wohl der Gedanke entwickeln könnte und müsse, daß es Aufgabe des Staates sei, für das Getreide einen reinen Weltmarktpreis zu garantiren. Bei dieser Stelle meiner Rede findet sich die Bemerkung „Lebhafte WiderSpruch rechts“ (Unruhe rechts), und als ich dann weiter aussäute, daß ich niemals glaube, es könnte in diesem Hause eine solche Forderung erhoben werden, aber draußen in der Agitation werde dieser Gedanke ausgebildet werden, da gab es wieder lebhafte WiderSpruch rechts. Also in dieser Beziehung steht auf der rechten Seite des Hauses eine gewisse Wendung eingetreten zu sein. Es ist unmöglich, wenn wir nicht der Würde und dem Ansehen des Reiches etwas vergeben wollen, noch einmal auf der Basis des Antrags Kantis mit den Vertragsstaaten zu verhandeln. Wir haben nach langwierigen Verhandlungen und nach schweren parlamentarischen Kämpfen die Handelsverträge ins Leben gerufen. Wenn wir nun in diesem Augenblick an die Vertragsstaaten das Antragen stellen, die Verträge aufzuheben und tabula rasa zu machen, so würden wir das Vertrauen in die Kontinuität und Zuverlässigkeit unserer internationalen Politik zerstören. (Zustimmung links, Unruhe rechts.) Die bloße Kunde, daß wir mit den Vertragsmächten in neue Verhandlungen eingetreten sind, würde weite Kreise des Erwerbslebens aufs tiefste beunruhigen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Wir würden uns dadurch eines wesentlichen Theils der aus den Handelsverträgen gewonnenen Vortheile beraubten. (Große Unruhe und Zwischenrufe rechts), und was die Befriedehheit in landwirtschaftlichen Kreisen betrifft, die wir dadurch erreichen wollen, so ist dies das große X., dessen Lösung Graf Kantis gefunden haben will, woran aber andere Sterbliche nicht glauben. Man mußt den verbündeten Regierungen zu, die soeben in Kraft gesetzten Verträge aufzuheben. Die Verträge verpflichten uns zu einer gewissen Feststellung bei entsprechenden Gegenleistungen. (Ruf rechts: Wo ist die Gegenleistung?) Wenn wir auf der Grundlage des Antrags Kantis verhandeln wollen, so heißt das, zur Voraussetzung machen wollen, daß der Gegenentwurf die Gegenleistung nicht blos zurücknimmt, sondern etwas hinzugiebt. Das ist nicht Revision, sondern Aufhebung der Handelsverträge. Solche Verhandlungen würden nicht die Vertragsbeziehungen erleichtern, sondern erschweren. Neben dem WiderSpruch, den ich bezüglich der Auffassung der Handelsverträge seitens der Konservativen gestern konstatierte, ist der Vorredner hinweggegangen. Abg. Graf Limburg-Strümpf selbst war es, der vor zwei Jahren das geflügelte Wort von dem „Subsidienvertrag“ sprach, den wir schlossen. Damit ist es nun jetzt nichts. Im Gegenthell,

der Abg. Graf Kantis hat mit einer ungewöhnlichen Schärfe das Wort von dem Subsidienvertrag vernichtet, indem er sagte, die berechtigten Erwartungen Österreichs und Russlands seien vollkommen zerstört worden. (Unruhe und Zwischenrufe rechts.) Er hat uns in vorwurfsvollem Ton gelagt, man müsse die Verträge nicht nach dem Wortlaut, sondern nach dem Sinne auslegen. (Abg. Graf v. Mirbach: Wir sind erst recht reingefallen!) Nur der eine Theil kann doch Nachtheile haben. (Rufe rechts: Beide, und wir am meisten!) Vor zwei Jahren war doch auf der Rechten die communis opinio, daß Deutschland allein der Reingefallene sei. Hätten wir keine Handelsverträge, so wäre die Lage heute eine weit schlimmere, und man würde nach ihnen in weiteren Kreisen dringend verlangen. (WiderSpruch rechts.) Untere Ausführungen dann einen sehr großen Schaden erlitten, da die anderen Staaten mit Absperrungsmethoden vorgegangen wären. Das wir gegenüber den Bollerhöhungen anderer Staaten eine Stabilität der Zölle erreicht haben, ist der wesentliche Vortheil der Handelsverträge. (Zustimmung links, Unruhe rechts.) Wenn der Vorredner der Regierung anhingestellt hat, den guten Gedanken aus dem Antrag Kantis herauszuschälen, so beweise ich, daß das möglich ist; denn der Antrag ist prinzipiell undurchführbar. Es ist mir auch nicht klar, wie man sich die Durchführung denkt. Man scheint dabei zwischen zwei Prinzipien zu schwanken. Graf Kantis meinte, der Privatmann werde genau so wie bisher mit dem ausländischen Getreide handeln können, indem er das Getreide zum Weltmarktpreis dem Reich überlassen werde. Aber es bleibt gar keinen einheitlichen Weltmarktpreis. Für Weizen befinden gegen ein Dutzend Notrungen für die verschiedenen Sorten, die sehr erheblich von einander abweichen. Das ganze System des Antrags Kantis ist das System einer Zollerhöhung mit gleitender Skala. Als seiner Zeit ein Antrag auf einen Zoll mit gleitender Skala von Delbrück hier eingereicht wurde, wurde er auch von der Rechten als sehr bedenklich für die Landwirtschaft bezeichnet. Ein anderer Standpunkt vertreten Herr v. Hammerstein, der von einem Monopol sprach, und nur so viel ausländisches Getreide hineinlassen will, als Inland bedarf. Dann übernimmt aber das Reich die gesamte Versorgung Deutschlands bis in die kleinsten Kanäle. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Wie will das Reichsgetreideamt, das wohl geschaffen werden müßte, das Bedürfnis an den verschiedenen Quantitäten und Qualitäten feststellen? Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob die Folgerung des Grafen Kantis, daß der Preis des inländischen Getreides dem einmal festgelegten Preis für ausländisches Getreide folgen wird, richtig ist. Wenn nur 5000 Tonnen ausländisches Getreide mehr als nötig eingeführt werden, so wird der Preis für inländisches Getreide sofort fallen. Wenn aber der Nutzen für die Landwirtschaft ausbleibt, so wird man das Reich verantwortlich machen. Denn es kommt nicht darauf an, welcher Preis auf dem Kursiellet steht, sondern welcher wirtschaftlich den Bauern gezeigt wird. Wenn nun aber ein Theil des Getreides unverkäuflich bleiben wird, dann wird der Entlastungspreis für den Antrag Kantis bald schwinden. Je größer die Notlage der Landwirtschaft, je größer die Unzufriedenheit ist und je heftiger die Erregung, um so sorgfältiger müssen wir uns hüten, Hoffnungen und Erwartungen zu erwecken, von denen wir nicht wissen, ob sie erfüllt werden können. (Lebhafte Vorfall links und im Centrum.)

Abg. v. Vollmar (Soz.): Man darf nicht so einfach zu Werke geben, daß man sich sagt, der Antrag Kantis sei unannehmbar, da auch der Staatsrat ihn abgelehnt habe. Wir müssen vielmehr den Antrag selbst prüfen. Die Lebenshaltung der sozialen Schichten, die sich zur Führerin der agrarischen Bewegung gemacht haben, steht allerdings nicht mit dem angeblichen Notstand im Einklang. Das Bestehen einer agrarischen Krisis muß unbedingt anerkannt werden, sie nimmt immer mehr zu und bringt große Gefahren in sich. Der Preisfall des Getreides ist nicht der einzige Grund für die Krisis, es ist auch zu berücksichtigen, daß die Produktionskosten gestiegen sind in Folge der vermehrten Steuer- und Militärlasten und der wachsenden Verschuldung. Der Notstand reicht weit über die agrarischen Kreise hinaus. Was schlagen nun die Herren zur Abhilfe vor? An Staatsmittel sind wir längst gewöhnt, Sie haben ja schon Vieles aus der Brauntwain und Zuckersteuer. Die Rechte behauptete allerdings trotz aller Vernunftgründe, die dagegen vorgebracht werden, daß der Zoll stets vom Auslande getragen wird. Jetzt hat fürsätzlich in der Sitzung des Landwirtschaftsrats Herr v. Cetto mit düren Worten zugegeben, daß diese Ansicht falsch sei. Man hat also jahrelang das Volk an der Not herumgeführt und den Armen aus unserem eigenen Lande das Geld aus der Tasche genommen, ohne indeß an den landwirtschaftlichen Verhältnissen selbst etwas zu ändern. Der Abg. Limburg-Strümpf meinte, wir wären von allen diesen Debatten verschont geblieben, wenn die Handelsverträge nicht wären. (Buruf des Abg. Graf Limburg-Strümpf: Sehr richtig!) Dem widerstreitet aber, daß Sie vor den Verträgen 5 Mt. Zoll gebaut haben und jetzt schon 10 Mt. wollen. Die Debatten über Zollerhöhungen wären also gescheitert, vielleicht in etwas anderer Form. Sie wollen eine künstliche Steigerung des Brotpreises über alles bis herauf gewesen sind. Schon jetzt ist zu konstatieren, daß durch den erhöhten Zoll in Deutschland der Brotkonsum erheblich sinkt. Geht der Antrag Kantis durch, so bedeutet das eine Erhöhung des Roggenzolls auf 100 und des Weizenzolls auf 80 Mt., und das Brot für die große Bevölkerung würde noch mehr wachsen. Das Wort „Brotwuchs“ haben Sie (nach rechts) ja schon aus einem Mund gehör, wo es Ihnen besonders unangenehm sein mußte. Den Vortheil würden nicht etwa die Bauern, sondern die Großgrundbesitzer haben, die sich ja in ihrer bekannten Dreistigkeit den Ehrennamen „Bauern“ zugelassen haben. Es ist unerhört, was die Agrarier alles zu Tage fördern. Herr v. Pappenheim hat ja im preußischen Landtag bereits die parlamentarische Sprache bereichert, indem er von einer in den Dred gezogenen Karre sprach, aber das wird noch übertroffen von der Rede des Oberamtmanns Oldenburg in Marburg, der seine Rede mit den Worten schloß: „Geben Sie uns wenigstens das Recht, daß Sie auch der Sau gewähren, die Sie schlachten wollen, nämlich daß Sie sie vorher schreien lassen!“ (Große Hinterkeit.) Die ländlichen Arbeiter, nämlich im Osten, sind die Partei der Gesellschaft

Burk rechts: Aber die besten Soldaten! Der Antrag Kantz hat nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Interesse. Es kommt den Leuten zu Gute, die der Hört der Nation sind. Sind Sie nicht mit Jubel dabei, wo der Kaiser ist? (Burk rechts: Nein!) Graf Mirbach hat ja in einem andern Hause ganz offen den Staatsstreit empfohlen, ohne daß ein Minister widersprochen hat. Allerdings richten Sie sich in Ihrer Freiheit auch gegen andere. Dieselben Herren, die sich als so große Stützen des Staats aufstellen, haben gesagt, daß ohne den Antrag Kantz die Landwirthe Sozialdemokraten werden würden. Wenn ein Stück Sozialismus in dem Antrag Kantz steht, so ist es von der Sorte, die einst ein gefährlicher Franzose mit den Worten bezeichnet hat: „Le socialisme c'est l'argent des autres.“ Wenn Sie ein Monopol einführen wollen, warum denn bloß für auswärtiges Getreide? Die Umstände werden dazu treiben, daß man dabei nicht stehen bleibt, der Staat wird schließlich die landwirtschaftliche Produktion in die Hand nehmen, und das wäre allerdings eine Art von Sozialismus. Am wichtigsten ist, daß die Garantie einer Rente zweifellos zu einem garantirten Minimallohn führen müßte, und darauf haben die Arbeiter in allererster Linie einen Anspruch. Als ich seiner Zeit einen Minimallohn vorschlug, wurde ich höhnisch verachtet. Die Herren wollen jetzt soziale Maßregeln, aber nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern nur in ihrem eigenen Interesse. Es giebt in der heutigen Gesellschaft kein Mittel, die Landwirtschaft zu retten. Das einzige Verdienst des Antrages Kantz ist, daß damit die heutige Gesellschaft ihren Bankrott erklärt. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Herren, die sich jetzt als die schlammsten Umstürzler des Glaubens an die kapitalistische Weltordnung hinstellen, in demselben Augenblick ein Umsturz gesetzt gegen uns vorbereiten. Wir Sozialdemokraten warten unsere Zeit ab, wir können nicht für diesen Antrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Holtz (Mpt.): Die Überzeugung, daß etwas geschehen muß gegen die Notlage der Landwirtschaft, hat mich dazu geführt, den Antrag zu unterzeichnen, obwohl ich nicht der Meinung bin, daß er das einzige Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Not ist. Wenn wir dazu in der Lage wären, so würde ich anstatt des Antrages Kantz vielleicht einer Erhöhung der Getreidezölle den Vorzug geben. Wenn der Notstand nur ein vorübergehender wäre, so würde ich nicht dafür eintreten, daß die Münze der Geleistung ergriffen wird. Wir können im deutschen Reich unmöglich die Landwirtschaft fallen lassen. Wir sind schon durch die Frachtwertabfälle schlechter gestellt als Amerika. Die Fracht für die Tonne amerikanischen Getreides von der Küste Amerikas bis Berlin kostet 7 bis 8 M., aus meinem Wahlkreis nach Berlin aber 18 M. Untere Taxe können wir nicht bedeutend herabsetzen. Bei der übergroßen Konkurrenz der überseelichen Staaten kann sich nicht die Landwirtschaft aus sich selbst heraus helfen. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Rechten, Antisemiten und der Sozialdemokraten angenommen.

Personlich bemerkte

Abg. Dr. Paasche (nl.), vielsach von den Antisemiten mit lauten Rufes unterbrochen), daß einzelne seiner Freunde mit der Grundtendenz des Antrages einverstanden seien und hoffen, daß aus den Verhandlungen der Kommission etwas Erfreuliches herauskommen werde.

Zur Geschäftsausordnung bemerkte

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antil.): daß seine Partei nicht zu Orte gekommen sei, was mit den Zusicherungen nicht übereinstimme, die dem Hause gemacht worden seien, daß die speziell agrarische Zwecke verfolgende Partei mundtot gemacht werden sei durch den Schlufantrag. (Abg. Graefe: Pfui!)

Im Schlufwort betont Abg. v. Kardorff (Mpt.), daß vom Bundesrathstisch aus heute andere Anschauungen über den Schutz der Landwirtschaft geäußert wurden. (Lebhafte Beifall rechts.) Fürst Bismarck habe ausgeführt, daß am Gedanken der Landwirtschaft das ganze Vaterland Interesse habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wer daran nicht Interesse hat, das sind nur die Sozialdemokraten und die Droscher, die sich mit Kuponsabschneiden beschäftigen. (Beifall rechts.) Der Antrag hat heute bereits eine große Anzahl Anhänger. (Burk links: Agitation.) Dazu bedarf es, Herr Richter, keiner Agitation. Die eigene Not treibt die Leute dazu. Ich habe zuerst Bedenken gehabt gegen den Antrag Kantz, aber mich doch ihm angeschlossen, weil er das einzige Mittel der Rettung ist, wenn nicht das andere Mittel, das besser und leichter ist, ergriffen wird, die internationale Regelung der Währung. (Beifall rechts.)

Personlich bemerkte

Abg. Richter (Frei. Volksp.): Herr v. Kardorff hat gegen mich polemisiert, indem er annahm, als ob ich einen Zwischenruf gehabt hätte. Das ist nicht geschehen, ich habe nicht einmal zugehört, weil ich seine Währungsrede im Voraus kannte. (Heiterkeit.)

Darauf wird der Antrag Kantz gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien, der süddeutschen Volkspartei, Sozialdemokraten, sowie eines kleinen Theiles der Nationalliberalen an eine Kommission von 28 Mitgliedern verweisen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Antisemiten.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Frhr. v. Buol beräumt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 23. April 2 Uhr an mit der Tagesordnung: Zweite Beratung der Volltarifnovelle und wünscht den Abgeordneten, daß sie angenehme Ferien verleben, sich erholen und gesund und mit gestärkten Kräften zu neuen parlamentarischen Arbeiten zurückkehren mögen. (Beifall.)

Schluß noch 5 Uhr.

Braunschweiger Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 30. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Das Relistengesetz für die evangelische Pfarrgeistlichkeit in den alten Provinzen wird in dritter Lesung genehmigt, dagegen in zweiter Lesung das Gesetz, betr. die Berliner Stadtynode (Verleihung der Rechte einer juristischen Person).

Es folgt die zweite Beratung des Gerichtskostengesetzes.

§ 31 bestimmt u. a., daß, wenn eine stempelpflichtige Urkunde innerhalb der für die Stempelung vorgeschriebenen Zeit, dem Gerichte vorgelegt wird, dann eine Stempelstrafe nicht erfolgt. Die Stempelzulieferungspflicht der Notare soll dadurch nicht berührt werden. Der Paragraph wird nach kurzer Debatte in der Kommissionssitzung angenommen.

§ 33, welcher die Erniedrigung bzw. Erhöhung der Stempeltarife für niedrigere bzw. höhere Objekte enthält, wird angenommen.

§ 42 bestimmt, daß für die Anerkennung oder Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen $\frac{1}{10}$ der vollen Gebühr erhoben wird.

Abg. Willebrand (Ctr.) befürwortet seinen Antrag (Willebrand-Gorce), statt $\frac{1}{10}$ zu legen.

Abg. Hartmann-Lübben (kons.) beantragt Rückverweisung an die Kommission einschließlich des Antrages Willebrand-Gorce.

Abg. v. Bülow-Wandsbeck (St.) stellt den Antrag, statt „Bebnttheile“ zu legen: Bebnthal.

Justizminister Schönstedt erklärt, die Regierung habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden. (Heiterkeit.)

Gev. Rath Vietsch wendet sich gegen den Antrag Willebrand-Gorce.

Der Antrag v. Bülow wird abgelehnt (Heiterkeit), der Antrag Gorce-Willebrand angenommen.

§ 45, der den Zollkommissstempel vom Zweifachen auf das Dreifache der vollen Gebühr erhöhen will, wird angenommen.

Zu § 48, der die Stempelgebühren für Verlosungen, Auslosungen oder Vermählung von Werthpapieren regelt, begründet.

Abg. Oswald (nl.) in längerer Ausführung seinen Antrag, die Gebühr in seinem Falle auf über 300 M. festzusetzen.

Justizminister Schönstedt vermag keinen Anlaß einzusehen, dem Antrag zu widerstreben.

Abg. Dr. Irmer (kons.) wendet sich im Namen seiner Partei entschieden gegen den Antrag Oswald, der zum Schaden der Staatsfinanzen die Aktiengesellschaften entlastet und das Großkapital schonen wolle, während man sonst den festen Grundbesitz mit Lasten aller Art belasten. Zu Gunsten der reichen Leute dürfe die Regierung nicht mit dem Prinzip der Höchstbelastung brechen. (Lebhafte Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. v. Cuny (natl.) bekämpft die Ausführungen des Vorsitzenden, der Antrag Oswald wolle gerade den Mittelstand schonen, denn gerade die kleineren Leute seien hauptsächlich die Besitzer der Attiken. (Große Heiterkeit.) Die Aktiengesellschaften seien hinreichend belastet.

Danach wird der § 48 mit dem Zusatz Oswald angenommen. Gegen den Antrag stimmt nur die konserватive Fraktion.

Den § 56, der die Gebühren für Hypotheken- und Grundbuchsachen regelt, beantragt.

Abg. Dr. v. Cuny (natl.) an die Kommission zurückzuverweisen.

Minister Schönstedt bittet zur Vermeldung von Verzögerungen um Ablehnung dieses Antrages.

Abg. Krebel (natl.) schließt sich dem Antrag v. Cuny an.

Finanzminister Dr. Miquel teilt ganz die Auffassung des Justizministers. Die Zurückverweisung an die Kommission werde vielleicht das Zustandekommen des Gesetzes für diese Session in Frage stellen. Auch sachlich sei an der Kommissionssitzung nichts auszulehnen, denn man könne doch nicht für jede einzelne Provinz ein eigenes Deklarationsgesetz schaffen.

Abg. Kirsch (Ctr.) spricht sich für Herabsetzung der Grundbuch- und Hypothekengebühren aus und wünscht deshalb mit dem Abg. von Cuny die Zurückverweisung an die Kommission. Das Gesetz könne trotzdem in dieser Session noch zur Verabschiebung kommen.

Abg. Dr. Klasius (kons.) vermischt im Antrage v. Cuny eine genügende korrekte Begründung und spricht sich für Ablehnung des Antrages aus.

Finanzminister Dr. Miquel bemerkt den Herren aus dem Westen, man könne dort die qu. Gebühren nicht noch niedriger bemessen, indem die Versplitterung des wirtschaftlichen Grundbesitzes eher höhere Kosten nötig mache.

Abg. Frhr. v. Nienhausen (kons.) befürwortet Annahme des Antrages v. Cuny. Es müsse jeder diskutable Vorschlag in Erwägung gezogen werden, der geeignet scheint, den kleineren Grundbesitz zu entlasten.

Abg. Knebel (nl.) wendet sich gegen die Ausführung des Finanzministers, die etwaige verschiedene gesetzliche Behandlung der Provinzen betreffend.

Abg. v. Cuny (nl.) befürwortet den Antrag v. Cuny.

Darauf wird § 56 unter Ablehnung des Antrages v. Cuny in der Kommissionssitzung angenommen.

Zu § 76, der die Gebühren für aus dem Handelsregister ertheilte Verleihungen festsetzt, begründet

Abg. Dr. Oswald (nl.) seinen Antrag, statt einem Bebnthal des Hauptgebührenbetrages 1,50 M. zu erheben.

Minister Schönstedt entgegnet, die qu. Kosten seien keineswegs zu hoch berechnet, über die Höhe von 10 M. würden Gebühren bei der $\frac{1}{10}$ Berechnung ohne dies nicht hinauskommen.

Gev. Rath Vietsch bemerkt dem Antragsteller, wenn überhaupt von einem festen Gebührensatz die Rede sein sollte, so müsse man diesen wenigstens auf 3 M. bemessen.

Der Antrag Oswald wird abgelehnt, § 76 in der Kommissionssitzung angenommen; dessgl. erfolgt die debatlose Annahme der §§ 77–80.

Danach vertrat sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr (3. Beratung des Gesetzes, betr. die Berliner Stadtynode; Fortsetzung der 2. Beratung des Gerichtskostengesetzes; weitere kleinere Vorlagen.)

Schluß 4 Uhr.

Demokratische Presse.

* Berlin, 31. März. Sämtliche deutschen Fürsten, mit Ausnahme des erkannten Herzogs von Sachsen-Meiningen haben die Einladung zur Theilnahme an der Gründungsfeier des Nordostseefanals angenommen.

Die Berufung des königl. preußischen Gesandten Grafen Monitz in Oldenburg auf den durch die Ernennung des Gesandten Freiherrn v. Thielmann zum Botschafter in Washington freit werden Posten am königl. bayerischen Hofe in München darf dem Vernehmen nach als sicher gelten.

Der Prinz-Regent von Bayern hat den Ministerialrat und Bevollmächtigten zum Bundesrat Ritter v. Landmann zum Staatsrat im ordentlichen Dienst und Kultusminister ernannt.

Die Gräfin von Flannery ist Sonnabend Nachmittag 5%, Uhr in Berlin eingetroffen und hat bei dem Prinzen Carl von Hohenlohe Wohnung genommen.

W. B. München, 30. März. Im „Militärblatt“ wurde heute veröffentlicht, daß die Brigade-Generale Schuch und v. Wombar als Generalleutnants à la suite der Armee versetzt wurden; der Chef des Generalstabes der bayerischen Armee, von Gör, wurde zum Generalleutnant ernannt.

Bismarckfeier.

Über Vorfeiern des 80. Geburtstags des Fürsten Bismarck sind bereits zahlreiche Nachrichten eingelaufen, die wir nachstehend, soweit Raum vorhanden, wiedergeben.

In der Stadt Posen fand am Sonnabend Abend im großen Lambertschen Saale eine Vorfeier statt, über die uns folgendes berichtet wird: Gegen 9 Uhr füllte sich allmählich der Saal mit den Festteilnehmern. Es mögen wohl an 450–500 Personen anwesend gewesen sein. Die Spalten der Beförderungen waren u. A. durch den kommandirenden General und den Oberpräsidenten vertreten.

Der Saal war durch Gurland aus Tannengrün geschmackvoll dekoriert. Insbesondere gewährte das Podium mit der Bismarckbüste und den drei Kaiserbüsten, welche sich aus den Blättern prächtig abhoben, einen hübschen Anblick. Die Musikkapelle hatte auf der Gallerie ihren Platz gefunden. Auf derselben vermittelte man leider jeglichen Damenchor. Die Feier wurde durch ein Musikstück eingeleitet. Hierauf folgte ein allgemeines Ged.

Nach Beendigung derselben brachte Kaufmann Kirchen das Hoch auf den Kaiser aus, in das die Versammlung braufend einstimmte und im Anschluß bleixen den ersten Vers der Königshymne sang. In der Hand des Herrn Kirchen lag die Lektüre der Festversammlung. Nach Vortrag eines weiteren Musikstücks brachte der hiesige „Allgemeine Männer-Gesangverein“, welcher sich zur Wettbewerbung an der Feier bereit erklärt hatte, zwei Quartette zu Gehör. Diese sowie auch noch einige Zugaben ernteten reichen Beifall. Es folgte hierauf das Ged:

„Es braut ein Ruf wie Donnerhall“, welches von der Festversammlung gemeinschaftlich gesungen wurde. Sogleich nach dem Ausstieg des derselben ergriß zur Festrede auf den Fürsten Bismarck Herr Nektor Lehmann das Wort. In vollendetem Form und meisterhafter Weise feierte er Bismarck als den Mann, welcher die halbverlungene Sage von des deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit zur lebensvollen Wirklichkeit gemacht habe. Mit warm empfundenen Worten gedachte er des „Alten“ in Friedrichsruh, dessen Angedenken in der Volksseele alle Zeit vorlieben werde. Brausend stimmte die Versammlung in das auf den Fürsten ausgestrahlte Hoch ein und sandte ein Glückwunsch- und Ergebenheitstelegramm an denselben ab. Mit weiteren Vorträgen des Allgemeinen Männer-Gesang-Vereins und der Musikkapelle sowie mit gemeinschaftlich gesungenen Liedern wurde der offizielle Thell des Abends ausgefüllt. Von den Musikstücken erwähnen wir noch besonders die Bismarckfanfare, welche sehr gefiel. Von 12½ Uhr ab etwa begann die Fidelitas.

Aus Friedrichsruh wird berichtet:

Am Sonnabend Abend 10 Uhr traf Oberpräsident Graf Wilhelm Bismarck und Gemahlin mit einem Sohne des Grafen Ronau und um 12 Uhr Graf Herbert Bismarck hier ein. Im Laufe des Nachmittags waren bereits die Gräfin Herbert Bismarck mit Tochter, die Gräfin Hoyos und Franz von Lenbach hier angekommen. — Fürst Bismarck hatte eine gute Nacht und fühlt sich am Sonntag wohl. Telegraphische und briefliche Gratulationen treffen in unzählbarer Menge ein. Montag früh gratuliert zunächst die Deputation des Kürassier-Regiments von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7, dann folgen die Professoren, Mittags die Studenten. Abends findet der Hamburger Fackelzug statt. Wie verlautet, sollen morgen Vormittag auch die Offiziere des Lauenburgischen Jäger-Bataillons Nr. 9 aus Radeburg zur Glückwünschung empfangen werden.

Dem Fürsten ist ein herzliches Glückwunsch-Telegramm des Königs Oskar von Schweden und Norwegen zugegangen. Der Fürst empfing am Sonntag eine Abordnung des Eisernen S. C. Geheimrath Schweninger ist nach Friedrichsruh zurückgekehrt.

Die Anfrage, welche stud. theol. U. Brück (Vorsitzender Alemannia-Bona) an den Fürst Bismarck hält, hat folgenden Wortlaut: Durchlauchtster Fürst! An diesem glücklichen Tage, da brauenüber Festjubel Altdutschland vom Fels zum Meer erfüllt, ist es der gesamten Deutschen Studentenschaft ein Herzentscheid und eine heilige Pflicht, Ew. Durchlaucht in ehrerbietiger Huldigung die tiefsten Glückwünsche darzubringen. In der begeisterten Theilnahme unserer fleißigen Herzen findet die Liebe der akademischen Jugend zu Deutschlands größtem Sohne ihre unauslöschliche Dankbarkeit und glühende Bewehrung für den ganzen Schöpfer und Heldenkranz unseres kraftvollen gelehrten Reiches nur einen matthen Widerhall. Aber wir freuen uns auch, richtig der hohen Ehre, im Auftrage der Studenten aller deutschen Hochschulen heute an Ew. Durchlaucht die Bitte richten zu dürfen, diese Ehrengabe als ein Zeichen unserer dankerbaren Gefestigung und ein Unterpfand nie erkaltender Treue und Hingabe entgegen nehmen zu wollen. Unsere Empfindungen an diesem festlichen Gedächtnisstag haben wir mit unseren Kommilitonen in dieser Abrede niedergelegt, die zu verlesen Ew. Durchlaucht mir baldst gestatten wollen. Wortlaut der Abrede: Zu Ew. Durchlaucht 80. Geburtstage bringt in einmütiger Liebe und Begeisterung die deutsche Studentenschaft ihren Glückwunsch dar. Dankbare Herzen selvern wir heute den Ehrentag des Mannes, der unser Vaterland aus langer Herrlichkeit hervorbrachte zur höchsten Stellung eines stolzen, mächtigbietenden Reiches. Was im Schlachtenbonner unter den Siegreichen Fahnen unserer Väter zur Frucht reiste, uns, dem werdenden Geschlecht fiel es als mühsame Ernte in den Schoß. Aber wir geloben es; tapferen Sinnes festhalten, unermüdlich weiterbauen wird die deutsche akademische Jugend an dem Werke, dem Ew. Durchlaucht die rastlose Hingabe eines reichen Lebens weihen. Mit diesem unverbrüchlichen Gelübde verbinden wir heute unseren herzlichen Wunsch: Glück und reichen Segen schenke Gott der Allmächtige Ew. Durchlaucht heute und immerdar.“

Aus dem Reiche liegen folgende Nachrichten vor:

In Kissingen fand am Sonntag ein großer Festzug nach dem Bismarckdenkmal statt. An dem Festzuge beteiligten sich Offiziere, Beamte, die städtischen Kollegen, Schulen, Veteranen, Kriegervereine, Schützen, Turner, Sportclubs und andere Vereine. Abends Festbankett. Die Schüler der Realchule erhielten je eine Fleckenrolle mit deutschen Farbenbändern und blau-werther Rosette aus den Waldungen von Friedrichsruh gesandt mit Widmung: 1815. Aus dem Sachsenwald sendet dies Reis der

Bergwerksfirma "Consolidation" am Sonnabend an den Fürsten ein Glückwunschtelegramm abgesandt wurde. Der "Berein für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund" ernannte den Fürsten Bismarck zum Ehrenmitglied. Im Rathaus zu Essen wird am Montag eine Büste Bismarcks, von Prof. Schaper ausgeführt. — Die Stadt Braunschweig hat Bismarck zum Ehrenbürger ernannt. Am Montag werden auf Anordnung des Prinzregenten in allen Schulen des Landes Festtage abgehalten; auch wird die Stadt feierlich besiegelt. — In Frankfurt a. M. fand am Sonntag die Enthüllung der Gedächtnisstätte an dem ehemaligen Wohnhause des Fürsten Bismarck in der Großen Gallusstraße Nummer 19 statt.

In Leipzig fand am Sonntag Vormittag im Reichstagssaal eine Feier statt; der Montag gilt als Festtag, der Rath schlägt an diesem Tage seine Bureaus; ebenso die Börse und eine Anzahl öffentlicher Institute. Außer offiziellen Festfeiern wird in der Nacht von Sonntag auf Montag eine von Künstlern, Gelehrten und Beratern anderer Kreise gestiftete Bismarckstatue — Bismarck in Civil mit dem "Reichshund" Thras darstellend — enthüllt werden. Außerdem viele Feierlichkeiten von Vereinen u. c. — In Hamburg veranstaltete der Reichstagwahlverein einen iron 1600 Personen besuchten Kommers. — Aus Rüdesheim am Rhein wird gemeldet, daß die Bismarckfeier am Niederrhein den schönsten Verlauf nahm. Der Peter wohnten u. a. die Prinzessin Louise, der Oberpräsident der Rheinprovinz Rosse, Generalleutnant v. Bardeleben, sowie zahlreiche höhere Offiziere und Notabilitäten aus den Rheinlanden bei. Aus 35 rheinischen Städten waren offizielle Vertretungen erschienen. Außerdem werden Feierlichkeiten, meistens für Sonntag und Montag gemeldet u. a. aus folgenden Städten: Braunschweig, Bünzlau, Duisburg, Erfurt, Freiberg i. Sach., Fulda, Heidelberg, Pirna, Marienwerder, Meissen, Minden i. Westf., Naumburg o. Saale, Nordhausen, Osnabrück, Prenzlau, Schleswig, Thorn, Wismar, Wiesbaden, Bielefeld, Weimar, Wiesbaden, Potsdam, Hannover, Königsberg, Wittenburg und Augsburg.

Auch aus Österreich-Ungarn werden Feierlichkeiten gemeldet; in Wien haben 23 Mitglieder des Reichsraths an den Fürsten folgendes Telegramm gelandet:

"Als treue Österreicher, welche sich zugleich stolz als Söhne des deutschen Volkes fühlen, senden die unterzeichneten Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses Ew. Durchlaucht, dem Gründer des deutsch-österreichischen Bündnisses, dem großen Staatsmann, der den deutschen Namen zu ungeahnter Macht und Ehre gebracht, zum 80. Geburtsjahr ehrfürchtvollen Glückwunsch."

In Linz fand am Sonnabend Abend eine Festversammlung statt; ein Aufruf fordert zu Beiträgen für eine Ehrengabe für den Fürsten Bismarck auf, welche aus einem ehemaligen Schilde mit dem Wappen des Fürsten, umrankt von Lorbeer- und Eichenkränzen, bestehen soll.

Locales

Posen, 1. April.

k. Von der Warthe. In Pogorzlice stieg die Warthe im Laufe des gestrigen Sonntags nur noch wenig, im Ganzen um 5 cm. Danach scheint das Wasser dort bald zum Stehen zu kommen. Stärker war die Anschwellung des Stromes naturgemäß in Schrimm und in Posen, wo die Hochwelle jetzt durchpasst. In Pogorzlice war der Wasserstand gestern Nachmittag um 1,05 m höher und in Schrimm um 6 cm niedriger als in Posen. Im Einzelnen sind folgende Steigungen zu melden: In Pogorzlice stand die Warthe Sonntag Morgens 9 Uhr 4,30 m, Mittags 12 $\frac{1}{4}$ Uhr 4,32 m und Nachmittags 5 Uhr 4,35 m. In Schrimm Sonntag 8 Uhr 3,14 m, Mittags 12 Uhr 3,18 m und Nachmittags 6 Uhr 3,24 m. In Posen Sonntag Morgens 7 Uhr 3,16 m, Mittags 12 Uhr 3,22 m, Nachmittags 5 Uhr 3,30 m und heute früh 7 Uhr 3,60 m. Das Wasser trat gestern aus dem ersten Vorfluthgraben über die Triftstraße hinaus in die Venetianerstraße, weshalb der Magistrat die Triftstraße gesperrt hat. Die Anlieger der Eichwaldstraße haben gestern ihr Vieh fortgetrieben und anderweitig untergebracht. Der Verkehr auf der überfluteten Eichwaldstraße wurde am Sonntag mittelst Wagen aufrecht erhalten. Seit heute früh vermittelst Kähne den Verkehr. Die königl. Regierung macht bekannt, daß nach einer Vergleichungstabelle der früheren Wasserstände der Warthe in Russisch-Polen mit den hiesigen Wasserständen wir hier in Posen in diesem Jahre einen Wasserstand von 5 Metern, auch vielleicht einen solchen von 5,50 Meter, zu erwarten haben, obgleich die Zuflüsse im preußischen Gebiet sehr gering sind.

k. Die Stadiverordneten-Versammlung beschloß in ihrer Sitzung am Sonnabend, die Gemeinde-Einkommensteuer, sowie die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Etatjahr 1895/96 mit 132 Prozent Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer zu erheben. Der Magistrat forderte 135 Prozent, die Finanzkommission beantragte 128 Prozent festzulegen. Der genehmigte Kämmerer-Etat schließt ab in den Einnahmen mit 1929 331,84 M., in den Ausgaben mit 1925 736,84 M. Gegen das Etatjahr 1894/95 ist der städtische Haushaltssatz um etwa 153 000 M. gestiegen.

* Im Stadttheater sollte bekanntlich gestern Nachmittag eine Aufführung der "Weingäste" und der "bezauberten Widerläufigen" stattfinden. Um 1 Uhr bekam aber die Direktion die Nachricht, daß die Vorstellung von Seiten der Stadtverwaltung nicht gestattet werden könne, da in dem Vertrage des Direktors mit dem Magistrat die Aufführung von Ballads an Nachmittagen unteragt sei. Die Direktion wandte sich nun an den Ober-Bürgermeister, doch erfolgte zunächst keine Antwort. Endlich ein Befehl vor 3 Uhr kam der Befehl, daß die Vorstellung — sie sollte um 3 Uhr beginnen — gestattet werde. Inzwischen war aber dem ziemlich zahlreich erschienenen Publikum an der Kasse bedeutet worden, daß die Vorstellung ausfallen müsse. Die Direktion hatte die "Weingäste" für Nachmittag angelebt, weil z. B. gegen die Nachmittagaufführung der "Puppenfee" kein Widerspruch erfolgt war.

H. Personennachrichten von der Eisenbahnverwaltung. Der bisherige Betriebs-Direktor des Betriebsamtes Stargard-Posen, Regierungs- und Baurath Dr. Schröder ist zum Ober-Bürgermeister und der bisherige Betriebs-Direktor des Betriebsamtes in Thorn Regierungs- und Baurath Koch zum Ober-Baurath der Eisenbahn-Direktion Posen ernannt worden. Die Eisenbahn-Betriebs- und Bauinspektoren Blaubeuren (Vorstand der Betriebsinspektion Posen II), Sodenewitz (Vorstand der Betriebsinspektion Posen III) und der Bauinspektor Walter (Vorstand der Maschineninspektion Posen) sind zu Regierungs- und Bauräthen ernannt worden. ■ n. Grundstückverkauf. Das Grundstück Kanonenplatz Nr. 3,

bisher der Witwe Jeanette Herz gehörig, ist für den Preis von 93 000 Mark an die Brüder Hugger verkauft worden.

n. Schiffahrt. Der Dampfer "Augusta Victoria" ist vorgestern Nachmittag mit 8 leeren Kähnen von Stettin kommend eingetroffen und legte hinter der Großen Schleuse an. Der Dampfer "Neze" kam gestern mit 6 leeren Kähnen aus Küstrin hier ein und warf am Kleemannschen Bollwerk Anker.

Aus der Provinz Posen.

d. Neustadt b. P., 30. März. [Ungläublich.] In der Kommandischen Maschinenfabrik verunglückte heute ein junger Schmiedegeselle, der einen herabfallenden Treibriemen in seine richtige Lage zurückbringen wollte. Er wurde von dem Riemchen hochgehoben und verlor sich beim Herabfallen den Kopf durch Ausschlagen an einem Eichenholzstock, daß er in Lebensgefahr schwieb. — Die Übergabe der durch Kabinettsorder der Stadt einverlebten Vorstadt Schwan fand heute durch den Distriktskommissar v. Kahnsdorff an den Magistrat statt.

F. Ostrowo, 31. März. [Gymnasialjubiläum.] Für das in dieser Woche hier stattfindende Gymnasialjubiläum werden schon emsig Vorbereitungen getroffen. Von außerhalb haben sich zahlreiche Gäste, insbesondere frühere Schüler der Anstalt angemeldet. Von den Behörden werden bestimmt Ober-Präsident von Wilamowitz-Möllendorff, Provinzialschul- und Geh. Regierungsrath Wolte und Justiziar Gisevius aus Posen erwartet. Der Magistrat hat die hiesige Bewohnerchaft aufgefordert, die Häuser und Straßen an diesem Jubeltage mit Fahnenschmuck und Grün zu versehen. — In dem Dorfe Komorow geriet ein Kind in Abwesenheit seiner Eltern mit der rechten Hand in eine Häckselmaschine, an welcher es hing, schnitt sich dabei das erste Glied des Mittelfingers ab und zog sich außerdem starke Quetschungen der anderen Fingerspitzen zu.

A. Aus dem Kreise Obornik, 29. März. [Leichenfund.] Hinter der Scheune des Gemeindevorstehers in Gembotschel wurde gestern die Leiche eines unbekannten älteren Mannes gefunden. Die Persönlichkeit konnte bisher nicht festgestellt werden, da bei derselben keinerlei Papieren gefunden sind.

F. Schneidemühl, 31. März. [Messerstecher verhaftet.] Gestern wurde hier der Arbeiter Kopiale verhaftet, der von seinen Kollegen als der Hauptverdächtiger bei dem Attentat auf den Fleischergassen Galon bezeichnet wird.

Hochwassernachrichten.

h. Schwerin a. W., 31. März. Das Wasser der Warthe ist hier in zwei Tagen 38 Centimeter gestiegen und zwar von 1,90 auf 2,28 Meter.

Dirschau, 30. März. Zwischen Dirschau und Heringskrug war am 30. d. von neuem Eisgang eingetreten auf einer Strecke von 30 Kilometern. Die Eisstopfung ward Nachmittags gelöst und es trat starker Eisgang ein. Das Wasser steht 715 und steigt weiter. Heute Nachmittag 3 Uhr 45 Min. ist der Durchgang an der Siedlersfähre (Weichselmündung) eröffnet worden; der Strom nimmt jetzt einen neuen Lauf.

Thorn, 31. März. Die Weichsel erreichte gestern Nachmittag 5 Uhr ihren höchsten Stand mit 6,50 Meter, seitdem fällt das Wasser und ist bis heute Mittag auf 5,80 Meter gesunken. Der Strom ist freigegeben.

Crefeld, 30. März. Das Königliche Eisenbahn-Betriebsamt Crefeld macht bekannt: Bei Eintrajekt Spyd-Welle, Strecke Cleve-Bevenaar, wegen Hochwassers gesperrt. Betrieb auf Strecke Bevenaar infolge dessen ganzlich eingestellt.

Köln, 31. März. Der Wasserstand des Rheins betrug gestern Nachmittag 7,60 Meter. Das ganze Hafengebiet ist überschwemmt, ebenso die niedrig gelegenen Straßen. In Mühlheim am Rhein ist in Folge der starken Strömung der größte Theil des neuen Hafenbeckens eingestürzt. Heute Nachmittag 1 Uhr war der Wasserstand des Rheines hier 7,59. Das Wasser fällt langsam; auch aus Koblenz wird vom Ober-Rhein langsames Fallen gemeldet. Bei Koblenz stand das Wasser gestern 6,84 Meter.

Koblenz, 30. März. Von der Lahn werden aus Weilburg und Guldendachthal große Wolkenbrüche gemeldet, wodurch die Lahn wahrscheinlich noch steigen wird.

Trier, 30. März. Die Mosel ist seit gestern 8 Uhr Abends um 20 Centimeter gefallen.

Mainz, 30. März. Der Wasserstand beträgt hier 441; seit 4 Uhr früh ist kein weiteres Steigen eingetreten. Der Main und Neckar fallen. In Worms ist der Wasserstand 422 und weiteres Steigen zu erwarten. Hier ist die Schifffahrt eingestellt.

Prag, 30. März. Die Moldau ist seit gestern rapid gestiegen. Der Eisenbahnverkehr ist in Folge dessen teilweise gesperrt.

Zemberg, 30. März. Der Donau ist ausgetreten und hat mehrere Ortschaften überschwemmt. Auch andere Flüsse sind aus ihren Ufern getreten.

Telegraphische Nachrichten.

Niels, 30. März. Die kaiserliche Yacht "Hohenzoller" hat volle Besatzung erhalten. Das Schiff holt heute Nachmittag aus der Werft auf Strom. — Der für Ostafrika bestimmte Dampfer "Nachtwall" ist soeben auf der Germania-Werft vom Stapel gelaufen.

Flensburg, 31. März. Der der Aderei Schuldt gehörende Flensburger Dampfer "Julia", von Lübeck nach London unterwegs, wurde heute Nachmittag durch den Kopenhagener Dampfer "Mechlir" in der Nähe von Helsingør angerannt und zum Sinken gebracht. Die "Julia" wurde hinter dem Maschinenraum getroffen. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Zusammenstoß erfolgte bei dichtem Nebel und langsamem Fahrt.

Frankfurt a. M., 31. März. Eine unter dem Vorsitz des Präsidenten der hiesigen Handelskammer v. Guatla von allen Handelsstammern der Provinz Hessen-Nassau und des Großherzogthums Hessen einberufene, zahlreich belichtete Versammlung nahm nach dem Referat des Bantdiktors Thorwart mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, in welcher die Reichsregierung ersucht wird, die im metallistischen Besterebungen entschieden zurückzuweisen.

Messina, 30. März. Mit Bezug auf den Zusammenstoß zwischen den beiden englischen Schiffen "Brinkburn" und "Alvah" wird bekannt, daß die "Brinkburn" 2096 Tonnen Gehalt hat; außer der Besatzung sind 100 Passagiere und zehn französische Offiziere an Bord. Das Schiff, das mit ausgerüsteten Pirouetten befreit ist, ist auf dem Wege von Toulon nach Madagaskar. Die "Alvah", die 1442 Tonnen Gehalt und eine Besatzung von 28 Köpfen hatte, brachte Getreide von Odessa. Die "Brinkburn" ist mit schweren Beschädigungen in den Hafen von Messina eingelaufen; die "Alvah" schelte bei Cannitello und ist wahrscheinlich ganz verloren. Die Insassen des Schiffes sind sämtlich gerettet.

Petersburg, 30. März. Das Blatt "Syn Oet-scheschta" hört, daß das Departement der geistlichen Angelegenheiten habe dem evangelisch-lutherischen Generalkonistorium in Erinnerung gebracht, daß laut Gesetz die gesamte Lutherische Geistlichkeit Russlands die Reichs-

sprache beherrschen muß, widrigenfalls die betreffenden Geistlichen ihrer Amtspflicht entzogen werden würden.

Petersburg, 30. März. Viceadmiral Tytrow wurde zum Chef der vereinigten Geschwader des stillen Oceans ernannt, der Stab Tytrows ist bereits gebildet. Generalleutnant Dohurov wurde zum Kommandeur des XI. Armeekorps ernannt an Stelle Dukmassows, welcher das Kommando des VII. Armeekorps erhielt. Der Stabschef d. X. Armeekorps General Pawlowitsch wurde zum Stabschef des Wilnaer Militärbezirkes ernannt. — Koatredminal Dubassow wurde von dem Amt eines Marineagenten in Deutschland entzogen. — Der Adjunkt des Hofministers Baron Fredericks ist nach dem Auslande abgereist.

Petersburg, 31. März. Im Reichsrathe kommen nächstens folgende Entwürfe zur Beratung: Die neuen Reglements für die Staats-Sparkassen und der Gesetzesentwurf betreffend eine erste allgemeine Volksschule in Russland. Der Gehilfe des Warschauer Generalgouverneurs, Baron Medem ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. Wie die Blätter melden, sind von dem Finanzministerium bereits 2 Millionen Rubel Getreide angekauft worden.

Petersburg, 30. März. Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird die Gründung einer Spezialklasse für chinesische Sprache am Progymnasium in Vladivostok angeordnet.

Paris, 30. März. Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Félix Faure ein Ministerrat statt. — Der Präsident hat die wegen Spionage verurteilten Italiener Major Falta und Aurelio eingangs abgelehnt.

Paris, 30. März. [Deputirtenkammer.] Le Höpff besprach den Kriegsminister General Burlinden über die angeblich mit Bezug auf die letzte Sitzung des Oberkriegsrates begangene Indiskretion. Der Minister protestierte energisch gegen eine derartige Verleumdung und erklärte, es sei kein diffiziles Telegramm an eine auswärtige Macht darüber gesandt worden. (Belfort.) Der Zwischenfall ist damit erledigt.

Paris, 31. März. Der Kriegsminister General Burlinden hat einen Oberst vom großen Generalstab nach Chambery geschickt, um auf dem dortigen Bahnhof bezüglich des daselbst verschwundenen Altenbündels Nachforschungen anzustellen. Uebrigens besteht dasselbe nur in einem Paket mit etwa 10 Exemplaren eines unwichtigen Cirkulars.

Madrid, 30. März. Nach Meldungen aus Habana haben die Präfekten der Provinzen ihre Entlassungen eingereicht, dieselben werden durch militärische Persönlichkeiten ersetzt.

San Sebastian, 31. März. Von morgen ab werden die Lokomotiven und Wagen der spanischen Nordbahngesellschaft nicht mehr die französische Grenze überschreiten. Der internationale Dienst wird mit Material, welches einer anderen Gesellschaft gehört, versehen werden. Diese Maßregel ist zur Vermeidung einer Beschlagnahme ergriffen worden, welche die französischen Inhaber von spanischen Nordbahngesellschaften angedroht haben.

Lissabon, 30. März. Das amtliche Blatt veröffentlicht das Dekret betreffend die Reform des Wahlgesetzes; durch dasselbe wird die Zahl der Deputirten auf 120 festgesetzt.

London, 30. März. Admiral Lord Alcester ist gestorben.

London, 31. März. Das indische Amt erhielt ein Telegramm des Buzenjongs von Indien, in welchem mitgetheilt wird, daß der aghansche Oberbefehlshaber habe erfahren, daß die englischen Offiziere in Tschitral von Sher-Afzul und den Bajauris, die nur bei Nacht ihre Angriffe machen, eng eingeschlossen sind.

London, 31. März. Wie man annimmt, hat sich der Ministerrat in längerer Beratung mit der armenischen Frage beschäftigt, sowie auch über die Angelegenheit betreffend das Erheben eines französischen Expeditionen am Niger und die Eingriffe Frankreichs in englisches Gebiet sich verständigt. Der nächste Ministerrat soll um die Mitte der kommenden Woche stattfinden.

Athen, 30. März. Die Presse weist eine Aussöhnung mit Rumänien zurück, so lange das letztere seine Haltung in der Affäre Zappa nicht ändert.

Hamburg, 31. März. Bismarckfeier. Die Illumination in der Umgebung des Alsterbassins war wohlgelungen. Sämtliche Bankgebäude, das neue Rathaus, die Börse und die Lombardbrücke waren glänzend erleuchtet. In fast allen Löden waren inmitten prachtvoller Arrangements Büsten des Fürsten aufgestellt, die mit Vorberen geschmückt waren. Auf der Binnen-Alster wurde ein prachtvolles Feuerwerk abgebrannt.

Wien, 31. März. In den Restaurants, in denen in den letzten Wochen Demonstrationen der Arbeiter gegen die Verwendung von Militärkapellen stattgefunden hatten, sowie in anderen Lokalen konzertierten heute die Militärkapellen ohne Zwischenfall. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Baden bei Wien, 1. April. Die Bezirks-Hauptmannschaft hat die von den Deutschen geplante Bismarckfeier verboten.

Paris, 1. April. Man erwartete hier eine Interpellation in der Kammer über die klerikalen Umtreibungen in der Armee. Die Debatte wird voraussichtlich sehr heftig werden.

Brüssel, 1. April. Heute werden an sechs verschiedenen Punkten große Meetings abgehalten werden, nachher sollen gemeinsame Manifestationen veranstaltet werden. Die Erregung ist sehr groß.

Brüssel, 1. April. Dem "Patriote" zufolge kam es in Reims gestern Abend wiederum zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Gendarmen. Zwei Personen wurden verwundet, eine derselben sehr schwer.

Brügge, 1. April. Bischof de Brabant ist gestorben.

Madrid, 1. April. Marschall Martinez Campos hat seinen Antrag Preßvergehen gegen die Armee vor dem Kriegsgericht abzurichten, zurückgezogen.

Der japanisch-chinesische Krieg.

Petersburg, 31. März. Anlässlich der Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur, wonach die japanische Regierung sich bereit erklärt hat, die Feindseligkeiten vorläufig einzustellen, bemerkte das "Journal de St. Petersburg", es sei unnötig, die Bedeutung dieser anschein-

nend authentischen Mittheilung noch besonders hervorzuheben. — Die Nachrichten über das Beenden Lihungtschangs lauten übrigens fortlaufend günstig. Es steht zu hoffen, daß während des Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen, deren Vertagung man einen Augenblick befürchtete, ungestört wieder aufgenommen werden, einen günstigen Verlauf nehmen und zu einem allen auf dem Spiel stehenden Interessen Rechnung tragenden Abschluß gelangen werden.

London, 30. März. Der "Times" wird aus Shanghai von gestern gemeldet: 3000 Japaner liegen jetzt auf Ponghu, einer der Pescadores-Inseln; sie haben für 4 Monate Proviant. Die südliche Operationsbasis ist damit für die japanische Flotte gesichert. Der auf einen unbekannten Felsen in der Rover-Gruppe aufgelaufene japanische Kreuzer "Yoshino" hat vier Tage auf dem Strand gelegen. — Aus Hongkong erfährt die "Times": 19 japanische Schiffe sind an der Ostküste von Formosa entlang gefegt, 31 japanische Schiffe befinden sich jetzt bei Formosa. — Aus Peking wird der "Times" gemeldet: Die Nachricht von dem Vorrücken der Japaner auf Shantung und Formosa und von dem Attentat auf Lihungtschang hat hier von Neuem Erregung hervorgerufen. Der Kaiser ist im Stande, zu verhandeln, obgleich er sehr geschwächt ist. Die Offiziere halten hier häufige Besprechungen ab. Die Aussichten auf eine Versöhnung mit Japan werden für zweifelhaft angesehen.

Hongkong, 30. März. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Die Japaner haben die Beschiebung auf Tai-wan-Hu eröffnet. (Inzwischen dürften die Feindseligkeiten eingestellt sein. — Red.)

Shimonoseki, 31. März. Bei Beginn der Friedensunterhandlungen schlugen die Japaner zuerst als Bedingungen für einen Waffenstillstand vor: Die Besiegung von Shanhailwan, Taku und Tientsin durch japanische Truppen; japanische Kontrolle der Eisenbahn Shanhailwan-Tientsin und Überwachung von Forts, Befestigungen, Waffen und Munition durch die Japaner; Zahlung der durch die Okkupation erforderlichen Kriegskontributionen durch China. Die Forderung Lihungtschangs, mäßigere Bedingungen zu gewähren, wurde von den Japanern zurückgewiesen. Darauf wurde Fortsetzung der Verhandlungen ohne Einstellung der Feindseligkeiten vorgeschlagen. Als dann das Attentat gegen Lihungtschang begangen wurde, gab der Mikado die ursprünglichen Bedingungen auf und befahl, einem zeitweisen Waffenstillstand bis zum 20. April zuzustimmen. Der Waffenstillstand soll in Kraft treten in den Provinzen Fengtien, Petschili, Shantung. Keine von beiden Regierungen soll gehindert sein, neue Dispositionen über ihre Truppen zu treffen, sofern solche Dispositionen nicht eine Vermehrung der jetzt im Felde stehenden Truppen beabsichtigen. Bewegungen von Truppen oder Transport von Kriegskontrebanden zur See

sollen verboten sein; wenn dies versucht werden sollte, so würde es auf die Gefahr des Absangens hin geschehen. Der Waffenstillstand soll aufhören, wenn die Friedensverhandlungen zwischen abgebrochen werden. Der Waffenstillstand findet auf nicht angeführte Plätze keine Anwendung. Eine Konvention, welche obige Bedingungen enthält, ist unterzeichnet worden.

Shimonoseki, 31. März. Der Verbrecher, welcher das Attentat auf Lihungtschang ausgeübt hat, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt worden. — Nach einem amtlichen Bericht des Obersten Ito von den Fischerinseln haben die Japaner am 26. d. Ms. die dortigen Forts eingenommen und sind jetzt im Besitz der ganzen Fischerinseln.

Shimonoseki, 30. März. [Meldung des "Reuter'schen Bureaus".] Der Waffenstillstand ist definitiv für die Zeit von drei Wochen und zwar mit Geltung für Muskden, den Golf von Petschili und die Halbinsel Schantung vereinbart worden. Japan hat den Waffenstillstand bedingungslos zugestanden.

Wasserstand der Marke.
Bozen, am 30 März Mittags 30° 31° 32°
31° Morgens 32°
1 April Morgens 36°

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen, 30. März (Börsen-Schlüsselbericht.) Raffiniertes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.)

Rubig. Loko 66 Br. Baumwolle. Rubig. Upland middl. loko 31 1/2 Pf. Schmalz. Fest. Wilcox 37 1/2 Pf. Armour field 36 1/2 Pf. Cudahy 37 1/2 Pf. Fairbanks 30 1/2 Pf. Sped. Fest. Short clear middling loko 31 1/2 Pf.

Wolle. Umsatz — Ballen. Tabak. Umsatz: — Seronen Carmen, — Faz Kentucky, 45 Faz Virgin, 23 Faz Scrubs.

Hamburg, 30. März. (Schlüsselbericht.) Kaffee. Good average Santos oer Märt — ver Mat 77 1/2, ver September 76 1/2, ver Dez. 74 1/2. Raum behauptet.

Hamburg, 30. März. Zuckermarkt. (Schlüsselbericht.) Rüben Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per März 9,30, ver Mat 9,45, ver August 9,70, ver Oktober 9,80. Rubig.

Paris, 30. März. (Schlüsselbericht.) Rohzucker rubig, 88 Prozent loko 26,00 à 26,25. Weißer Zucker bebt., Nr. 3, ver 100 Kilogramm, p. März 27 12 1/2, p. April 27 12 1/2, p. Mat-August 27,50, p. Oktober-Januar 27,75.

Havre, 30. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 20 Points Batte.

Mit 13.000 Sac, Santos 11.000 Sac Recettes für gestern.

Havre, 30. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee good average Santos per Mat 94,50, per Sept. 95,50, ver Dezbr. 94,00. Rubig.

Antwerpen, 30. März. Petroleummarkt. (Schlüsselbericht.) Raffiniertes Type weiss loko 17 1/2 bez., 17 1/2 Br., ver März 17 1/2 Br., ver April Mat 17 1/2 Br., ver Septbr.-Dezember 17 1/2 Br. Fest. Schmalz 91, Margarine rubig.

Antwerpen, 30. März. Welzen behauptet. Roggen behauptet. Hafer flau. Gerste rubig.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 1. April. Wetter: Nasskalt.

Newyork, 31. März. Weizen per April 60 1/2 per Mai 60 1/2.

Berliner Produktionsmarkt vom 30. März.
Wind: SW. früh + 5 Gr. Raum, 745 Millim. Wetter: Regenschauer.

Megnerisches Wetter und die von gestern aus Amerika gemelde annehmliche Besserung der dortigen Wetzenvorsehren waren der Anlaß, daß man hier zumeist die Erwartung eines günstigen Verlaufs auch des heutigen Marktes hatte, zumal nach der festen Holzung des gestrigen Marktes begreift, die etwas höher einsegenden Preise vermochten sich zunächst nicht zu behaupten, weil die Kauflust weit spärlicher hervortrat als gestern, und erst zuletzt wurde die Tendenz wieder starker, weil aus London nachgekommene Wetter gemeldet wurde. Die schließlichen Notirungen sind für Weizen und Roggen nur 1/4 M. höher als gestern, und ungefähr ebensoviel ist Hafer besser bezahlt worden.

Roggen mehl nocht 5—10 Pf. höher.

Rüböl blätternd ansteuernd mott thells auf Paris, thells auf entgegengesetztem Winden während Spiritus bei verschärftem Verkehr sich wenig veränderte.

Weizen loko 124—144 M. nach Qualität gefordert April 140 50 M. bez., Mat 142,25—142,50—142—142 50 M. bez., Juni 143—142,75—143 25 M. bez., Juli 143,75—144—143,50—144 M. bez., September 145,75—145,50—146 M. bez.

Roggen loko 115—122 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120 M. ab Bahn bez., April 121,50 M. bez., Mat 123 bis 122,50—122,75 M. bez., Junt 123,75—12,50 M. bez., July 124,50—124,25—124,50 M. bez., September 126,50—126 M. bez.

Maiss Info 120—125 Mark nach Qualität gefordert, Mat 115 M. bez., September 109,75 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 100—165 M. nach Qualität gefordert.

Hafer loko 108—140 M. per 1000 Kilo nach Qualität gefordert und guter ost- und westpreußischer 117—126 Mark, böhmischer, undermärkischer und mecklenburgischer 117—126 M. do. schlesischer 117—127 Mark, teiner schlesischer, preußischer, mecklenburgischer und pommerischer 128—132 M. ord. inländischer 109—115 M. bez., Mat 116—116,25 M. bez., Junt 116,75 M. bez., July 117,75 M. bez.

Erbse Kochware 127—162 M. per 1000 Kilogr. Futterware 115—126 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Victoria-Erbsen 150 190 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,50—17,25 Mark bez., Nr. 0 und 1: 15,50—18,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,50 bis 15,75 M. bez., April 16,40 M. bez., Mat 16,50—15,75 M. bez., März 16,50 M. bez., April 16,50 M. bez., Mat 16,60 M. bez., Junt 16,75 M. bez., July 16,90 M. bez., September 17,10 M. bez., July 17,75 M. bez.

Rüböl loko ohne Faz 42,2 M. bez., März 42,9 M. bez., April 42,9 M. bez., Mat 43—42,9 M. bez., Junt 43,1 M. bez., September 43,7 M. bez., October 43,9 M. bez.

Petroleum loko 22,8 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz 53,4 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faz 33,9 M. bez., März 38,6 M. bez., April 38,6 M. bez., Mat 38,7—38,6—38,7 M. bez., Junt 39 M. bez., July 39,3 M. bez., August 39,6 M. bez., September 39,9 M. bez.

Kartoffelflockenmehl März 16,75 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene Märt 16,75 M. bez. (N. B.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden soll. W. = 170 M. 1 France, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskontowechsel v. 30. März.

Amsterdam	2 1/2	8 T.	168,60 M.
London	2	8 T.	20,45 bz G.
Paris	2	8 T.	80,90 bz G.
Wien	4	8 T.	167,15 bz
Italien. Pl.	5	10 T.	76,80 bz B.
Petersburg	4 1/2	3 W.	249,05 bz
Warschau	4 1/2	3 T.	249,00 bz G.
Berl. 3. Lomb. 3 1/2 u. 4. Privat.	—	—	—

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,42 G.
20 Frans-Stück	16,24 bz
Gold-Dollars	—
Amerik. Not. 1 Dollars	—
Engl. Not. 1 Pfld. Sterl.	20,44 bz
Franz. Not. 100 Frs.	81,05 bz
Oestr. Noten 100 fl.	167,15 bz
Russ. Noten 100 R.	21,95 bz
Russ. Not.u. Not. April	21,95 bz
do. do. do. Mai	21,95 bz
do. do. do. Mai	22,00

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Deutsche R. Anl.	4	106,00 bz G.
do. do. 3 1/2	104,60 B.	
do. do. 3	98,40 B.	
Prss. cons. Anl.	4	105,60 B.
do. do. 3 1/2	104,60 bz	
do. do. 3	98,30 G.	
Sts.-Anl. 1868	4	104,00 bz
Sts.-Schild-Sch.	3 1/2	101,00 bz
Berl.-Stadt-Obl.	3 1/2	101,90 bz G.
Ostrpr. Prov Anl.	3 1/2	101,40 bz G.

Pensions-Prov.

Anl.-Scheine	3 1/2	101,50 bz
Pos.-Stadt-Anl.	3 1/2	102,10 G.
Berliner...	4	119,50 G.
do. do. 3 1/2	110,30 G.	
do. do. 3 1/2	103,90 bz	
Ctr.-Lsdch	4	103,00 G.
Kur.-u-Neu- mrk.neu	3 1/2	103,60 G.
do. do. 3	102,00 G.	
Ostpreuss.	3 1/2	101,60 bz
Pommern...	3 1/2	102,40 bz G.
Posenschr.	3 1/2	101,30 G.
Schlisch.	3 1/2	101,40 bz G.
IdschL.A.	3 1/2	101,50 G.
do. neu do.	3 1/2	101,50 G.
do. neu do. G.	4	101,50 G.
do. neu do. C.	4	101,50 G.
Wstp-Ritr.	3 1/2	101,80 G.
do. neu.ll.	3 1/2	102,00 G.
Pommern...	4	105,60 G.
Posenschr.	4	105,50 G.
Preuss...	4	102,70 bz G.
Schles...	4	105,50 G.
do. neu...	4	105,50 bz G.
Bad.-Eisenb.-A.	4	105,80 G.
Bayer. Anleihe	4	106,80 G.
Brem. A. 1892	3 1/2	105,00 bz G.
Hmb.Sts.-Rent	3 1/2	